Presseinformation

1. M rz 2022

20 Jahre „pro Konsument“: AK Niederösterreich und Land NÖ verlängern erfolgreiche Zusammenarbeit im Konsumentenschutz

LH-Stv. Schnabl/Präsident Wieser: „pro Konsument als Anlaufstelle für alle Niederösterreicher“

Der Verein „pro Konsument“, die Kooperation zwischen Arbeiterkammer Niederösterreich und Land NÖ, ist der Garant für Rat und Hilfe in Konsumentenschutzangelegenheiten für alle Niederösterreicher – und zwar seit mittlerweile 20 Jahren. LHStv. Franz Schnabl, AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser sowie AK Niederösterreich-Direktorin Mag. Bettina Heise, Obfrau des Vereins, verlängern die erfolgreiche Zusammenarbeit erneut und ziehen Bilanz.

13.000 Beratungen im letzten Jahr zeigen, dass der Bedarf ungebrochen hoch ist. „Die Menschen in unserem Bundesland können sich darauf verlassen: Ihnen steht durch die enge Kooperation von Land NÖ und AK Niederösterreich ein kompetenter Ansprechpartner zur Seite“, sagt LHStv. Franz Schnabl.

„Seit der Gründung im Jahr 2002 kann ‚pro Konsument‘ auf 290.000 Beratungen zurückblicken. Durch diese erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Land ist die Arbeiterkammer Niederösterreich die Nummer 1 im Konsumentenschutz in Niederösterreich“, sagt AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

Die Fragen und Anliegen reichten im vergangenen Jahr von Energie und Wohnen über Probleme mit Banken und Finanzierung bis hin zu Fallen der digitalen Welt. Ein Jahr, geprägt von Flexibilität und vielen neuen Herausforderungen: „Es galt, stets rasch zu reagieren, um das Beratungsangebot und die Services laufend an die Bedürfnisse der Menschen wie auch an die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen“, sagt Mag. Bettina Heise, AK Niederösterreich-Direktorin und Obfrau des Vereins.

Ein Thema macht den Menschen aktuell besonders zu schaffen: die zuletzt stark gestiegenen Energiepreise. Seit Ende des vergangenen Jahres und auch aktuell entfallen die meisten Anfragen auf diesen Bereich. „Besonders betroffen von diesen Energiepreis-Steigerungen sind oft gerade jene Haushalte, die ohnehin

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse

Philipp Hebenstreit
Tel.: 02742/9005-13632
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

schon finanziell belastet sind, sei es durch Kurzarbeit oder durch Jobverlust aufgrund der Coronakrise“, sagt LH-Stellvertreter Franz Schnabl. Er fordert daher eine temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf zehn Prozent für Strom und Gas sowie langfristige Ratenzahlungsvereinbarungen. Außerdem rät er, den Anspruch auf den Heizkostenzuschuss des Landes NÖ zu prüfen. Er kritisiert, dass der Heizkostenzuschuss bislang nur bei direkter Vorsprache auf dem Gemeindeamt zu beantragen ist. „Das ist für viele Menschen eine Hürde. Was wir wollen, ist keine Almosenpolitik, sondern eine niederschwellige Möglichkeit, diese Hilfe anzufordern, wenn sie notwendig ist. Etwa mittels Online-Plattformen“, erklärt Schnabl und fordert eine kräftige Erhöhung: „Unser Ansinnen ist eine kräftige Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Wenn sich der Heizkostenindex in einer derart dramatischen Weise negativ entwickelt, müssen dringend Unterstützungshandlungen gesetzt werden. Unsere Landesrätin Königsberger-Ludwig ist mit Regierungskollegin Teschl-Hofmeister bereits in intensiven Gesprächen eine rasche Erhöhung des Heizkostenzuschusses zu erwirken.“

Das ganze Jahr 2021 über entfielen die meisten Anfragen auf den Themenbereich Wohnen. Die stetig steigenden Wohnkosten spiegeln sich in den Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten wider „Gerade in Zeiten, in denen Wohnen und Energie immer teurer werden, gilt es endlich die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Die Provisionslast, die noch immer in der Regel Mieter tragen müssen, soll zukünftig nach dem Bestellerprinzip verrechnet werden. Die Kosten sollen also jene tragen, die Vermietung oder Verkauf von Wohnung oder Grundstück beauftragen“, so AK Niederösterreich-Präsident Markus Wieser.

Im Themenbereich Banken ging es häufig um Zahlungsprobleme und Fragen zur Finanzierung. Erfreulich ist daher ein kürzlich gefälltes OGH-Urteil: Banken dürfen für pandemiebedingte Kreditstundungen bei Verbraucherkrediten keine Sollzinsen verlangen. Das bedeutet: Die Mehrkosten, die durch die bei der Stundung weitergelaufenen Zinsen angefallen sind, müssen zurückgezahlt werden. „Das ist eine große Erleichterung für die Betroffenen. Damit ist sichergestellt, dass sie wegen ihrer schwierigen Lage durch die Pandemie nicht auch noch zusätzlich belastet werden“, sagt Wieser und fordert die Banken auf, von sich aus zu Unrecht kassierte Sollzinsen zurückzuzahlen.

Der Trend zum Online-Einkaufen hielt auch im zweiten Coronajahr ungebrochen an. Das machten sich auch 2021 wieder viele Betrüger zunutze, und zwar immer professioneller. „Gerade bei den Fallen der digitalen Welt geht es in hohem Maße um Aufklärung, um Prävention, damit Menschen davor bewahrt werden können, in die Falle zu tappen“, sagt Mag. Bettina Heise, Obfrau des Vereins „pro

Philipp Hebenstreit
Tel.: 02742/9005-13632
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Konsument“.

Nähere Informationen beim Büro LH-Stellvertreter Schnabl unter 0699/13031166, Anton M. Feilinger, und E-Mail anton.feilinger@lhstv-schnabl.at.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse

Philipp Hebenstreit
Tel.: 02742/9005-13632
E-Mail: presse@noel.gv.at